

# »Die Banken sind in einer miserablen Situation«

## Innerhalb der Wirtschaftseliten wird offenbar ernsthaft diskutiert, das Bargeld abzuschaffen. Ein Gespräch mit Rudolf Hickel

Ralf Wurzbacher

---

**Laut Presseberichten gibt es Planspiele bei den Wirtschaftseliten, das Bargeld abzuschaffen. Nach einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) geht es darum, für den Notfall einer neuerlichen Finanzkrise gewappnet zu sein. Wie ernst nehmen Sie das?**

Sehr ernst. Die Debatte darüber, vom Bargeld wegzukommen, ist ja nicht neu und hat verschiedene Motive. Die ganze Logistik rund ums Bargeld – Transport, Geldautomaten, Auszahlungsschalter – verursacht gewaltige Kosten. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband gibt jährlich allein 1,1 Milliarden Euro für die Bereitstellung von Bargeld aus. Das würden sich die Banken natürlich am liebsten sparen. Außerdem könnten Drogenhandel, Korruption, Geldwäsche und Steuerhinterziehung niemals so florieren, gäbe es kein Bargeld. Nur jetzt kommt ein neuer Aspekt hinzu: Die Angst vor einem Crash ...

**... der bargeldlos weniger heftig ausfallen könnte?**

Es besteht offenbar die Sorge, dass die Banken sich in so großen Schwierigkeiten befinden, dass sie über kurz oder lang die Einlagen von Sparern mit Negativzinsen belegen. Damit würde das Halten von Geldanlagen bei der Bank praktisch unter Strafe gestellt, und plötzlich wären 100 Euro bei einem Fünf-Prozent-Strafzins nur noch 95 Euro wert. Um dem zu entgehen, würden die Menschen ihr Geld natürlich in Massen abheben. Wenn aber kein Bargeld mehr existiert, kann auch keines mehr gehortet werden.

**Und statt es auf dem Konto der Entwertung anheimzugeben, kauft man sich besser etwas davon.**

Richtig, das ist das Kalkül. Die Banken sind in einer miserablen Situation, sie schwimmen in Spareinlagen, wissen das Geld aber nicht gewinnbringend zu investieren. Sie verdienen also nichts mehr mit den Einlagen, sie machen sogar Verluste – deshalb der Ausweg Negativzinsen. Dazu kommt der volkswirtschaftliche Effekt: Wenn keiner mehr Geld hortet, wird es ausgegeben und kurbelt als Kaufkraft die Konjunktur an.

**Laut NZZ-Bericht wäre ein Bargeldverbot Teil eines Worst-Case-Szenarios. Wörtlich: »Man hofft auf das Beste und bereitet sich für das Schlimmste vor.« Sehen Sie aktuell die Gefahr eines Finanzcrashes?**

Wenn nicht bald ein radikaler Kurswechsel einsetzt, könnte durchaus Schlimmes bevorstehen. Was hier diskutiert wird, sind ja nur Notmaßnahmen, die am grundsätzlichen Problem nichts ändern würden. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ist auf ganzer Linie gescheitert. Sie hat nicht dazu geführt, die Investitionen in Unternehmen zu forcieren, weder in den Südländern noch bei uns in Deutschland. Es braucht dringend eine expansive Finanz- und Wirtschaftspolitik, indem man beispielsweise mit vernünftigen ökologischen Infrastrukturprojekten Investitionsmöglichkeiten für die Unternehmen schafft.

**Soll heißen, der Staat muss Geld in die Hand nehmen?**

Zwei Effekte sind herbeizuführen: Die überschüssige Liquidität muss endlich in die Produktion fließen, und dafür kann und muss der Staat Impulse geben, beispielsweise mit Programmen, mit denen die marode Infrastruktur wieder auf Vordermann gebracht wird. Die EU darf die Stabilisierungspolitik nicht der EZB allein überlassen, nötig ist eine aktive Finanzpolitik. Außerdem muss die extreme Vermögenskonzentration an der Spitze der Bevölkerung abgebaut und durch eine gerechte Steuerpolitik eine Umverteilung nach unten in Gang gesetzt werden.

**Der »Finanzprophet« Martin Armstrong, der angeblich schon mehrere Börsencrashes punktgenau vorausgesagt haben will, meint, am 17. Oktober bricht der globale Anleihemarkt zusammen. Was sagen Sie dazu?**

Solche Zuspitzungen auf ein Datum sind Quatsch und völlig unseriös. Ich bin sehr wohl der Auffassung, dass wir uns in einer hochgradig krisenhaften Situation befinden. Die muss aber nicht mit einem Totalzusammenbruch enden. Als linker Kritiker kann ich dem Lauf der Dinge in Teilen sogar Positives abgewinnen. Die Deutsche Bank zum Beispiel erlebt aktuell ihre größte Krise. Und das freut mich geradezu, weil es beweist, dass ihr Geschäftsmodell aus exzessiver Spekulation und allerlei krummen Machenschaften zum Scheitern verurteilt ist.

Rudolf Hickel ist Professor für Finanzwirtschaft und Forschungsleiter Finanzpolitik am Institut für Arbeit und Wirtschaft (IAW) an der Universität Bremen

---

<http://www.jungewelt.de/2015/05-07/048.php>